Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig, Kaden & Komp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 2.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 6.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 9.00 M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 284. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Inseratenpreis: die 7 gespaltene Nonpareillezeile 50 Pf., darauf 40 Prozent Teuerungszuschlag, bei Familienanzeigen die Zeile 60 Pf. ohne Zuschlag. Inserate sind im voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen kann nicht übernommen werden. Für Briefniederlegung 50 Pf.

Nr. 171. | Dresden, Montag den 28. Juli 1919. | 30. Jahrg.

Die Ausreden des Dr. Michaelis.

Die Enthüllungen Erzbergers haben sowohl den betriebsamen Herrn Helfferich wie den ehemaligen Reichskanzler Dr. Michaelis auf den Kampfplatz gerufen. Herr Helfferich wirft in der Kreuzzeitung die Frage auf, ob nicht das im Brief des Nuntius erwähnte Telegramm, das auch er nicht zu kennen behauptet, einfach eine Rückäußerung auf die päpstliche Friedensnote vom 1. August gewesen sei.

Es kommt aber nicht darauf an, ob dieses englische Telegramm, das hoffentlich recht bald wird veröffentlicht werden können, von der englischen Regierung ohne besondere Aufforderung an den Papst gerichtet, oder ob es durch päpstliche Vermittlungsbemühungen hervorgerufen wurde. In jedem Falle hätte die deutsche Regierung die verlangte unzweideutige Erklärung über Belgien abgeben müssen, zumal es ja sowieso jedem, der die Stimmung in den Ententeländern kannte, klar sein mußte, daß eine unzweideutige Erklärung über Belgien die Vorbedingung für das Zustandekommen einer aussichtsreichen Friedensunterhaltung war. Aber, das ist das Wesentliche, diese unzweideutige Erklärung wollte man eben nicht abgeben, weil man sich nicht dazu entschließen konnte, Belgien vollständig und ohne Vorbehalt freizugeben.

Das wird wieder bewiesen durch die Mitteilungen, die Dr. Michaelis über die Vorgänge im September 1917 macht. In dem Kronrat vom 11. September im Schloß Bellevue hat man sich zwar für die „Wiederherstellung" Belgiens ausgesprochen. Aber das war eben eine Wiederherstellung, wie sie sie auffaßten, die Herren, die da im Kronrat versammelt waren. Es war mit dieser Wiederherstellung Belgiens so, wie mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, das wir in Brest-Litowsk feierlichst proklamiert hatte, um dann bei den Verhandlungen das Gegenteil daraus zu machen. Belgien sollte mit Deutschland wirtschaftlich verbunden werden, das heißt, Belgien sollte also von Deutschland abhängig gemacht werden. Weil man Belgien nicht freigeben wollte, hat man dem päpstlichen Nuntius nicht die klare Antwort gegeben, die notwendig gewesen wäre, um die Friedensverhandlungen in Gang zu bringen. Infolge der Stellung, die damals die deutsche Regierung in der belgischen Frage einnahm, war jeder Friedensversuch von vornherein zum Scheitern verurteilt. Anstatt mit einer unzweideutigen Erklärung, wollte man den Engländern mit allerhand Gegenfragen kommen.

Herr Michaelis behauptet, man habe den Nuntius deswegen nicht als Vermittler für weitere Friedensversuche benutzen wollen, weil man gefürchtet habe, daß durch ihn Erzberger unterrichtet werde, und daß von diesem Indiskretionen begangen werden könnten, die dann die Kriegsparteien in Deutschland, England und Frankreich zur Verhinderung des Friedens benutzt hätten. Man wollte also nicht, daß Erzberger durch den Nuntius erfahre, wie Deutschland die Angelegenheit weiter behandelte. Aber das wohl weniger deshalb, weil man die „Kriegsparteien" fürchtete, sondern weil man Angst hatte, daß Erzberger Krach schlägt, wenn er erfährt, in welch zweideutiger Weise wieder die belgische Frage von der deutschen Regierung behandelt wird.

Gerade die Veröffentlichung des Herrn Michaelis, die die Wirkungen der Erzbergerschen Angriffe abschwächen soll, zeigt so recht, daß es die Hartnäckigkeit der deutschen Regierung in der belgischen Frage war, die jeden Versuch zur Herbeiführung eines Verständigungsfriedens von vornherein aussichtslos machte. So sind also die Erklärungen des Herrn Dr. Michaelis nicht geeignet, Herrn Erzbergers Angriffe in ihrer Wirkung irgendwie abzuschwächen, sie bestätigen im Gegenteil, daß in der fahrlässigsten Weise mit dem Geschick des deutschen Volkes gespielt wurde. Denn das mußten die leitenden Staatsmänner doch wissen, daß ohne die vollständige Freigabe Belgiens ein Verständigungsfriede nicht zu erreichen war. Man hatte aber, obgleich man sich öffentlich für den Verständigungsfrieden erklärte, für diesen nichts übrig und bildete sich noch immer ein, daß Deutschland einen Sieg erringen könnte, der es ihm ermöglichte, dem Gegner die Friedensbedingungen zu diktieren. Weil die während des Krieges in Deutschland Maßgebenden dieses unerreichbare Ziel nicht fahren lassen wollten, haben sie Deutschland ins Verderben gestürzt.

* * *

Erklärung des früheren Reichskanzlers Michaelis

Berlin, 26. Juli.

Der ehemalige Reichskanzler Michaelis gibt zu den Angriffen des Ministers Erzberger in der Nationalversammlung vom 25. Juli 1919, der Täglichen Rundschau zufolge, die folgende Erklärung ab:

Die amtlichen Schriftstücke über die Behandlung des Schreibens des Nuntius Pacelli an mich vom 30. August 1917 sind mir nicht zugänglich. Nach meinen persönlichen Notizen habe ich zur Behandlung des sogenannten „englischen Friedensfühlers" folgendes zu sagen:

Das Schriftstück wurde mir Anfang September vorgelegt. Ich habe es mit den Staatssekretären und Ministern besprochen und bin dem Kaiser der, wenn ich mich nicht irre, am 9. September von einer Frontreise zurückkehrte, entgegengefahren, um ihm Vortrag zu halten.

Ich bat den Kaiser um Abhaltung eines Kronrats in Gegenwart der Obersten Heeres- und Marineleitung. Der Kronrat hat am 14. September im Schloß Bellevue stattgefunden. Das

Ergebnis der Besprechung

wurde von dem Kaiser im eigenhändig unterschriebenen Vermerk folgendermaßen zusammengefaßt:

„Die Annexion Belgiens sei bedenklich, Belgien könne wiederhergestellt werden. Die flandrische Küste sei zwar sehr wichtig, und Zeebrügge dürfe nicht in englische Hand fallen. Aber die belgische Küste allein sei nicht zu halten. Es müßte enger wirtschaftlicher Anschluß Belgiens an Deutschland herbeigeführt werden. Darum habe Belgien selbst das größte Interesse."

Ueber die weitere Behandlung des Friedensfühlers wurde von mir mit dem Staatssekretär v. Kühlmann vereinbart, daß durch eine unbedingt geeignete Persönlichkeit zu sondieren sei, ob auf englischer Seite in der Tat der Wille vorhanden sei, den bisherigen Standpunkt übertriebener Friedensziele, wie sie unzweifelhaft zu unserer Kenntnis gekommen waren, aufzugeben und auf einer annehmbaren mittleren Linie zu verhandeln. Das Schreiben des päpstlichen Nuntius enthielt nach dieser Richtung hin keine irgendwie überzeugenden Beweise. Die Gefahr lag vor, daß es sich darum handelte, Deutschland zu entgegenkommender Erklärung zu veranlassen, ohne den eigenen extravaganten Standpunkt aufzugeben, und daß dadurch die Verhandlungsgrenzen zu unsern Ungunsten verschoben würden.

Die Wahl des Vermittlers fiel auf einen hervorragenden, dem Staatssekretär v. Kühlmann persönlich nahestehenden neutralen Diplomaten, der ganz besonders qualifiziert erschien, die erforderliche Sondierung vorzunehmen. Ihm wurde seine Mission unter Mitteilung der Stellungnahme Deutschlands gemäß obigem Kronrat in der Weise umschrieben:

Voraussetzung für Verhandlungen mit England

sei das Anerkenntnis:

a) daß unsre Grenzen intakt bleiben,
b) daß unsre Kolonien zurückgewährt würden,
c) daß keine Entschädigungen gefordert werden dürfen,
d) daß von einem Wirtschaftskrieg Abstand genommen würde.

Ich habe in Uebereinstimmung mit Exzellenz v. Kühlmann diesen Weg für den richtigen gehalten, weil nur bei unbedingter Vertraulichkeit die Verfolgung dieser ersten Friedensfäden möglich schien. Die Verhandlungen über die päpstliche Kurie boten diese Sicherheit nicht. Schon beim Empfang des Schreibens des Nuntius hatte es sich herausgestellt, daß der damalige Abgeordnete Erzberger vor mir davon unterrichtet war, daß das Schreiben kam. Eine Indiskretion durch ihn mußte aber vor allem verhütet werden. Deshalb konnte auch dem Nuntius gegenüber nur eine abwartende Stellung eingenommen und ihm nach Ablauf einiger Zeit nur eine Antwort allgemeinen Inhalts erteilt werden.

Daß jede Indiskretion die größten Gefahren für die Anbahnung der Verhandlungen in sich schloß, hat der weitere Verlauf der Verhandlungen gezeigt. Die Besprechung im Kronrat und ihre Ziele blieben nicht verborgen. Die kriegerischen Parteien in Deutschland, England und Frankreich bewächtigten sich der Angelegenheit und die Folge war, daß der Vertreter der englischen Regierung öffentlich ablehnte, daß seitens der englischen Regierung ein Friedensangebot gemacht sei. Ich habe den Gedanken, unter weitem Nachgeben mit Bezug auf Belgien zum Frieden zu kommen, mit Lebhaftigkeit ergriffen, und habe es durchgesetzt, daß eine einheitliche Stellungnahme zu dieser Frage innerhalb der maßgebenden Kreise erfolgte. Ich habe mich bemüht, den gebahnten Weg zur Verständigung der ersten Anregungen zu ebnen. Wenn sich der Plan zerschlug, so lag es daran, daß unsre Feinde nicht wollten.

Saaren, 26. Juli 1919. gez. Michaelis.

* * *

Warum mußten wir nach Versailles?

Diese kleine Schrift Oskar Müllers faßt in gedrängtester Form die politischen Ereignisse in den drei letzten Kriegsjahren in eindrucksvoller Weise zusammen und bringt eine Menge neues Material zur Geschichte der Behandlung der Friedensfrage und der innerpolitischen Kämpfe in dieser Zeit. In zwingender Schärfe weist der Verfasser die schwere Schuld der Alldeutschen und Konservativen nach, die durch ihre unsinnige innere Politik, die sich gegen jedes Entgegenkommen gegen die Demokratie stemmte, die innere Widerstandskraft des Volkes gelähmt und die nach außen, im Bunde mit den ihnen nahestehenden hohen Militärs, jede Anbahnung von Friedensmöglichkeiten immer wieder verhinderten. Die im Anhang des Werkes veröffentlichten Dokumente, das Schreiben des Münchner päpstlichen Nuntius an den damaligen Reichskanzler Dr. Michaelis und dessen kühl ablehnende Antwort auf diesen aussichtsreichen Friedensvermittlungsvorschlag beleuchten diese Tatsachen aufs schärfste. Sie bedeuten nicht nur eine Anklage gegen den Nachfolger Bethmann-Hollwegs als Kanzler, sondern auch eine Anklage gegen diejenigen politischen Kreise, als deren Vertreter sich Michaelis fühlte und die ihn zu seiner Handlungsweise drängten. Ganz besonders treten in der Darstellung auch die verhängnisvollen Folgen der törichten Blindheit der führenden militärischen Stellen gegen alle politische Einsicht hervor. Hat sich doch die Oberste Heeresleitung noch Ende August 1918, also nach der großen deutschen Niederlage im Westen, gar geweigert, die alten Kriegsziele, insbesondere den Einspruch auf die belgischen Garantien, fallen zu lassen, und hat sie noch durch ihre Gleichgültigkeit den Abfall Bulgariens direkt gefördert.

Oskar Müller beantwortet die Frage „Warum mußten wir nach Versailles?" ganz kurz: „Weil wir geschlagen waren und weil wir nicht verstanden, den Frieden zu schließen, als wir dies unbedingt noch hätten tun können."

Der internationale Gewerkschaftskongreß und die Schuldfrage am Kriege.

Der internationale Gewerkschaftskongreß trat Ende voriger Woche in Amsterdam zusammen. Anwesend sind die Vertreter Amerikas, Englands, Deutschlands, Belgiens, Hollands, Schwedens, Spaniens, der Schweiz, Frankreichs und Oesterreichs.

In der Sonnabendsitzung warf der belgische Vertreter den deutschen Gewerkschaften und ihren Führern sehr scharf vor, sie hätten während des Kriegs nicht gegen die Behandlung der belgischen Arbeiter und die Fortschaffung des belgischen Industriematerials gewandt zu haben. Bauer, der Abgeordnete der Deutschen, der noch Brüssel gekommen sei, habe erklärt, daß er nichts dagegen machen könne. Er forderte, daß die Deutschen, bevor die Belgier mit ihnen einer Organisation beitreten, sich als mitschuldig mit ihrer Regierung bekennten und ihr Bedauern über das verübte Verbrechen, den Massenmord in Belgien, aussprächen. Auch die österreichischen Gewerkschaften erklärte der belgische Abgeordnete für schuldig.

Legien antwortete auf diese Angriffe: Die Deutschen seien nicht gewohnt, ohne irgendeinen Erfolg ins Blaue hinein zu protestieren. Ein Protest der Führer der deutschen Gewerkschaften wäre ein papierener Protest ohne irgendeine nützliche Wirkung gewesen. Darum habe man ihn unterlassen. Außerdem sei es eine Tatsache, daß die Deutschen und auch die deutschen Arbeiter die Ueberzeugung hätten, einen Verteidigungskrieg für die Erhaltung ihres Landes zu führen. Unter diesen Umständen habe man von den deutschen Arbeitern nicht verlangen können, daß sie die Kriegskredite verweigerten. Das wäre auf ein Imstichelassen des eigenen Vaterlandes hinausgelaufen. Der Friedensvertrag von Versailles habe bewiesen, wie richtig es ist, daß die Deutschen einen Verteidigungskrieg, einen Krieg zur Erhaltung ihres Landes führten. Bei alledem hätten die Führer der deutschen Gewerkschaften ihre Pflicht gegenüber der Internationale getan. Der Redner fragte, ob denn die englischen, französischen und italienischen Arbeiter gegen die Art, wie der Krieg von dem Verbande geführt wurde, protestiert hätten, ob sie gegen die Hungerblockade protestiert hätten, dagegen, daß gegen die Frauen, Greise und Kinder Krieg geführt worden sei. Die Deutschen geben zu, daß Belgien Unrecht geschehen ist, und die Deportation die schändlichste Tat wäre, die begangen werden konnte. Aber die Belgier hätten selbst helfen können, diese Tat zu verhüten, wenn sie dem Aufruf der Deutschen Gehör geschenkt hätten und freiwillig nach Deutschland arbeiten gegangen wären. Sie hätten aber gerade in dem Augenblick, wo die belgische Gewerkschaftsbewegung Gelegenheit gehabt hätte, mit den Deutschen zusammenzuarbeiten erklärt, daß sie mit den Deutschen nichts zu tun haben wollen. Es sei Unrecht geschehen, und die deutschen Arbeiter bedauern das auf das tiefste, aber man könne von ihm und seinen Freunden nicht die Erklärung verlangen, daß die deutschen Arbeiter am Kriege schuld seien. Die deutschen Arbeiter seien ebensowenig schuldig am Kriege wie die Arbeiter Englands, Frankreichs oder irgendeines andern Verbandslandes. Es gehe auch nicht an, die deutschen Arbeiter, die den Militarismus stürzten, als er dazu reif war, die den kapitalistischen, reaktionären und militaristischen Regierung ein Ende machten und die damit die Grundlage für eine demokratische und sozialistische Regierung schufen, für die Missetat einer früheren Regierung verantwortlich zu machen.

Huebsch (Deutschösterreich) erklärte die belgische Beschwerde für berechtigt, aber auch die Österreichischen Arbeiter hätten schwer gelitten. Sie seien davon überzeugt, daß in Wien die Kunde an das Pulverfaß gelegt wurde. Aber wir haben die Missetäter aus unserm Lande vertrieben. Wir Deutschösterreicher halten an dem Grundsatz Wilsons vom Selbstbestimmungsrecht der Völker fest und werden ohne Rücksicht auf die politischen Erwägungen an der Solidarität mit dem großen Deutschen Reich festhalten. Dazu brauchen wir aber die nationale Solidarität der Arbeiter aller Länder. Es ist deshalb notwendig, daß durch die Vergangenheit ein roter Strich gezogen wird. Nur wer davon überzeugt ist, daß er in der Periode vor August 1914 und in der vom August 1914 bis zum Waffenstillstand keinen Fehler begangen hat, darf Steine auf uns werfen.

Gompers (Amerika) sagte unter anderm: Er sei ebenso wie Huebsch der Ansicht, daß durch die Vergangenheit ein roter Strich gezogen werden müsse und daß man ein neues Kapitel beginnen müsse. Die amerikanische Gewerkschaftsbewegung würde mancher lieber sehen als das. Auch sie sei bereit, an einem Sieg der Demokratie mitzuarbeiten. Aber um das zu ermöglichen, brauche man Menschen, die tun könnten und wollten, was ihre Pflicht sei.

Jouhaux (Frankreich) sprach die Ansicht aus, daß die Führer der deutschen Gewerkschaften nicht ihre Pflicht getan hätten. Wenn die Organisationen aller Länder stets gegen den Militarismus und Imperialismus aufgetreten wären, so wäre der Internationale Gewerkschaftsbund vielleicht stark genug gewesen, um den Krieg zu verhindern. Auch er sei der Ansicht, daß die Deutschen zugeben sollten, daß sie nicht ihre Pflicht getan hätten. Im übrigen sei aber für die Zumlerung einer neuen Internationale notwendig, daß alle zugeben, daß sie Fehler begangen haben.

Hierauf wurde von der französischen Delegation beantragt, eine Kommission zu ernennen, um eine Resolution betreffend eine neue Internationale auf breiterer solidarischer Grundlage mit stärkeren Garantien für die Zukunft aufzusetzen. Der Antrag der französischen Delegation wurde hierauf angenommen.

Die vom Sassenbach im Namen der deutschen Gewerkschaftsverbände überreichte Entschließung hat folgenden Wortlaut: „Die deutschen Gewerkschaftsverbände haben stets anerkannt, daß Deutschland mit Bezug auf Belgien falsch gehandelt hat. Sie haben immer die Kriegsgrausamkeiten verurteilt, die während der deutschen Besetzung Belgiens begangen wurden. Die Deportierung der belgischen Arbeiter geschah nicht mit Zustimmung der deutschen Arbeiter. Soweit es während des Krieges möglich war, haben wir sie bekämpft. Die Haltung der deutschen Arbeiterklasse bei Ausbruch des Krieges und während des Krieges war durch die Lage Deutschlands bedingt. Wir waren überzeugt, daß Deutschland einen Verteidigungskrieg führte. Daß dies in Deutschland allgemein geglaubt wurde, ist durch die Tatsache erwiesen, daß auch die Führer der sogenannten Unabhängigen Sozialdemokratie bei Ausbruch des Krieges die gleiche Haltung einnahmen. Die deutsche Arbeiterklasse war stets Gegner des Krieges und der Rüstungen und hat niemals den imperialistischen Drohungen der Regierung zugestimmt. Wenn zu Beginn des Krieges alles, was jetzt bekannt ist, bekannt gewesen wäre, wenn die Arbeiterklasse nicht von der Regierung irregeführt und betrogen worden wäre, dann würde die Haltung der deutschen Arbeitergewerkschaften und ihrer Führer anders gewesen sein. Wenn die deutsche Arbeiterbewegung gesiegt hätte, daß Deutschland die angreifende Macht war, dann hätte

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19190728/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG